



Stellungnahme zur aktuellen Debatte über die Klinikstruktur in der Ortenau, die derzeit außerhalb des Krankenhausausschusses stattfindet

- **Es wird verwiesen auf die Presseerklärung der Ortenauer FDP vom 17.Mai 2017.**
- **Ebenfalls verwiesen wird auf das Pro-Klinik-Gutachten, das 2013 vom Ortenaukreis in Auftrag gegeben wurde.**

Ein zielführendes, öffentlich vorgestelltes Gutachten ist im Papierkorb gelandet

Es muß leider festgestellt werden, daß das Gutachten von 2013, welches dazu geraten hat, alle Standorte aufrecht zu halten, die wohnortnahe Versorgung zu stärken und an jedem Standort eine Innere Abteilung, eine Chirurgie und mindestens ein drittes Fach vorzuweisen, in der Strukturplanung keine Beachtung mehr gefunden hat.

Zahlreiche detaillierte und den Standorten angepaßte Vorschläge wurden in diesem Gutachten gemacht, beispielsweise wurde gefordert, daß die Chirurgie in Oberkirch erhalten bleiben soll und einen Chefarzt zu bekommen habe. Diese Vorschläge wurden nicht einmal ansatzweise umgesetzt. Auch der Versuch wurde nicht gemacht, ihre Umsetzung wenigstens durchzurechnen.

Die umstrittenen Reduktion der Standorte trat an Stelle des Gutachtens

An die Stelle der Umsetzung des 2013er Gutachtens ist ein Prozeß in Gang gesetzt worden mit begleitenden Ausschußsitzungen. Dieser neu in Gang gesetzte Prozeß, hat sich in erster Linie damit beschäftigt, die Zahl der Kliniken zu reduzieren, im extremsten Fall auf ein Drittel.

Faktisch handelt es sich schon jetzt nicht mehr um neun, sondern - nach dem Wegfall Gengenbachs - nur noch um acht Standorte.

Dieser Prozeß findet zudem – anders als die öffentlichen Sitzungen des Krankenhausausschusses im Mai 2017 - unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Landrat Scherer hat mehrfach darauf hingewiesen, daß bis zur Veröffentlichung Sitzung des Gutachterprozesses mit der Beratungsfirma Lohfert & Lohfert am 19. April 2018 Verschwiegenheitspflicht bestehe.

Die Nichtöffentlichkeit wird beklagt

Ohne Frage führt das zu Mutmaßungen und Unterstellungen, die sich auch in den Presseerklärungen widerspiegelt.

Es ist aber auch anzumerken, daß sich die Nicht-Öffentlichkeit des Prozesses darin negativ äußert, daß die Belange und Bedürfnisse der Betroffenen nicht gehört werden können. Dies widerspricht der Landessatzung, die eine möglichst frühzeitige Einbindung der Bevölkerung vorschreibt.

Mangelnde medizinische Zielvorgaben werden ersetzt durch Behauptungen

An die Stelle dieser Anhörungen sind unbewiesene Behauptungen getreten. Insbesondere ist es die Behauptung, große Klinikzentren würden eine bessere medizinische Betreuung beinhalten. Nirgendwo bewiesen.

An zweiter Stelle taucht die ebenso unbewiesene Behauptung auf, die Bevölkerung wolle solche großen Zentren. Vielmehr ist richtig, daß die Bevölkerung seit 2013 noch nicht einmal um ihre Meinung gefragt wurde.

Die dritte Behauptung, große Kliniken würden effizienter und sparsamer arbeiten als kleine Krankenhäuser, wurde durch zahlreiche Großkliniken in Deutschland als nicht haltbar widerlegt.

Die Reduktion der Ortenauer Kliniken auf drei oder vier Standorte würde vielmehr einen hohen dreistelligen Millionenbetrag kosten.

Es soll hier daran erinnert werden, daß der Ausgangspunkt für die Strukturdebatte ein Haushaltsdefizit von etwa 6 Millionen Euro war.

In den Vordergrund gehört allein die Qualität der medizinischen Versorgung

Wie die bisherigen Mitteilungen der Kreistagsfraktionen zeigen, geht es momentan darum daß im Vordergrund der Krankenhausstrategie nicht die Ökonomie stehen darf, sondern vielmehr die bestmögliche wohnortnahe medizinische Versorgung aller Ortenauer, die Einhaltung von Hilfsfristen und eine schnelle Versorgung im Notfall, das Wohl der Mitarbeiter in den neu Standorten und die Zufriedenheit der Bürger und Patienten in den Gemeinden der Ortenau, die ein Recht haben auf eine optimale Betreuung.

Wenn aber tatsächlich eine bestmögliche medizinische Versorgung für die Ortenau das Ergebnis der Strukturplanung sein soll, muß endlich auch der medizinische Aspekt in den Vordergrund gerückt werden, statt daß immer wieder nur von Einsparungen geredet wird.

Am Beginn eines solchen Prozesses hätte eine Analyse dessen stehen müssen, über das die Krankenhauspatienten sich in der Jetzt-Situation beschweren. Dort hätten die Überlegungen zu tatsächlich notwendigen Veränderungen stattfinden müssen.

Ebenfalls zu Anfang hätten die Bedürfnisse der betroffenen Standorte stehen müssen, die Anliegen der Kommunen und der ganze Rattenschwanz von Strukturen und Menschen, deren Lebenssituation eng mit ihrem jeweiligen Krankenhaus verbunden ist.

Bad Peterstal, 7. März 2018



Dr. Karlheinz Bayer
- Schriftführer -